

1.2.1968 Stuttgarter Heer 1
 Treffen am 1ten vor 4. Offizierschule in der
 Heeroffizierschule II Heerstr. Landabek

Die meistenten Mitglieder des SDS freuen sich, ins sie mit
 Wulf, ein von Offizieren der Heeroffizierschule II disku-
 tiert zu werden. Vielen von uns, die Offiziere der Reserve sind,
 ist es ein Ort einer Heeroffizierschule Landabek vertraut.
 Wulf ist dort allerdings unter anderen Bedingungen und in kriti-
 scherem Geist zurück.

Am 20. Februar 1968 hat eine geschlossene aufrufende Gruppe von
 40 Offizieren der Heeroffizierschule Landabek unter
 Führung von Brigadegeneral Wulf für die Dauer der von Professor
 Grottel gehaltenen Gottesdiensten alle von ihr als strategisch
 veranschlagten Möglichkeiten der Heeroffizierschule Landabek
 für die Besetzung kritischer zu prüfen.
 Professor Grottel, der eine rationale Analyse seiner völkisch
 begründeten Idee von Krieg und Herrschaft fürchtete wie der
 Tod des Wehrmannes hatte Wulf an den Diensten der Bundeswehr
 teilzunehmen, den dienen auch ungenutzt einer tatsächlichen
 Beschränkung der Bundeswehr auf die Aufgaben der Landesvertei-
 digung, was in theologischer Not derweilen Freund bereitwillig
 zugestimmt, wohl ebenso bereitwillig ausführt hat.
 Am 14. März 1968 hatten Vertreter des SDS mit General Wulf
 eine Unterredung. In deren Verlauf sie des Generals eine Diskussion
 zwischen Mitgliedern des SDS und Angehörigen der Heeroffiziers-
 schule II zu ihrem
 "SDS und Bundeswehr"

veranschlagten. Schließlich hatte Wulf nicht beabsichtigt aber sein
 und seiner Gruppe sehr überhalten zu diskutieren. Somit ihm an
 einer Diskussion gelegen war, um es ihm darum, sich ein nichel-
 und liberal indifferentes Diskussionsforum zu verschaffen und das
 Podium, möglichst vielen, von dem leicht verfügbaren nicht betref-
 fenden Studenten zu besetzen.

Unter diesen Bedingungen sollte die Position des SDS neutralisiert
 werden. Anschließend besuchte Wulf den AStA und versuchte sich
 dort mit dem Alltagsleben

"Sozialistische Probleme der Studenten"
 und einen Neuhus-Podium mit politischen Studentengruppen in's
 Gespräch zu bringen. Der AStA ließ sich - wie immer - auf dieses
 Abwechelungsmanöver des un-demokratischen Aufstrich genötigen
 General: ein-

Wir sind uns darüber im klaren, daß Bürgerkriegsaktionen von
 Militärs zugunsten eines rationalen Argumentation und Gegenargu-
 mentation schwinden rechtsradikalen Professoren Praktizierung
 der Notstandsgesetze bereits vor deren Einführung ist.
 Der SDS ist nicht bereit zur verharmlosenden und kritiklosen
 Hinnahme militaristischer Methoden wulfischer Macht beizutragen
 und lenkt überhaupt nicht daran, Wulf durch die Diskussion eines
 mit seinen Einzelaktionen in keiner Zusammenhang stehenden und
 zudem sehr allgemein gehaltenen Themas ein demokratisches Alibi
 zu verschaffen.

- ... durch geschult werden
- .) die Ausbildung der Minderpolizisten, des Bundesgrenzschutzes und der Bundeswehr einschließlich der Territorialverteidigung zur Abwehr von "Sabotage", wobei der psychologische Faktor besonders berücksichtigt werden muß
 - .) Ausbildung und Beratung der Personen in Schlüsselpositionen der Industrie und Verwaltung
 - Zellenbildung zur Stärkung der inneren Sicherheit in den Betrieben
 - Beobachtungs- und Werkschutz zur Verhütung von Sabotage
 - .) -Ausbau des zivilen Objektschutzes zur Entlastung der Polizei und der Territorialen Verteidigung
 - .) -Ausbau eines zivilen Kuriernetzes mit Stützpunkten und Meldeköpfen für den Fall der Zerstörung von Fernmeldeverbindungen
 - .) -die Ausbildung der Selbstschutzkräfte in den Gemeinden für Kontrolle und Abwehr "subversiver Kräfte", zur Sicherung der Lebensbedingungen und zum Schutz gegen Überfälle und Sabotage. Dieser Interventionsmechanismus zugunsten der herrschenden Unternehmerinteressen ist uns in der Michaeliskirche begegnet

diskutiert werden müssen die gesellschaftlichen Kosten dieser Maschinerie. Bekanntlich wurden seit 1949 über 250 Mrd. DM für Rüstung, kalten Krieg und Stationierungskosten ausgegeben, während die gesamte Verschuldung der öffentlichen Hand einschließlich der Sondervermögen des Bundes zur Zeit über 160 Mrd. DM beträgt. Der Zusammenhang beider Summen ist unverkennbar. Im Widerspruch zu den amtlichen Verlautbarungen der Bundesregierung wurden die Militärausgaben nicht gekürzt, lediglich die vorsorglich überhöhten Anforderungen des Verteidigungsministers wurden reduziert. Kiesinger hat in seiner Regierungserklärung vom 13.12.66 largemacht: der Verteidigungshaushalt ist keine Reservekasse für die Korrektur der Haushaltssünden vergangener Jahre. Haushaltssünden sind freilich die mangelnden Sozialausgaben der vergangenen Jahre. Unklar ist jedenfalls die Deckung der 20,1 Mrd. DM, die 1966 bis 1975 für Einrichtungen der Altenhilfe, Jugendhilfe, Krankenanstalten und Sportanlagen benötigt werden, der 30,9 bzw. 44,7 Mrd. DM, die 1966 bis 75 für Schulen, einschließlich der berufsbildenden und Ingenieurschulen, ausgegeben werden sollen. Für die extreme rüstungswirtschaftliche Orientierung des Bundeshaushalts spricht das Verhältnis von Bildungs- und Rüstungsausgaben, das in der BRD 1: 1,82 beträgt. Die vergleichsweise Relationen für die USA, die Sowjetunion und Schweden sind 1:1,36, 1:1,23, bzw. 1: 0,5.

Die realen Rüstungsausgaben werden im Zeitraum 67-71 um 11,22 Mrd., das sind 5 % im Jahr, zunehmen, während das wirtschaftliche Wachstum von den mittelfristigen Finanzplänen mit viel zu hoch begriffenen 4 % festgesetzt wurde. Der Anteil der Rüstungsausgaben am Sozialprodukt wird sich also weiter erhöhen.

Während das Brutto-Sozialprodukt von 100 im Jahr 1950 auf 458 im Jahr 1965 anstieg, erhöhte sich der private Verbrauch nur auf 403, was aber zurück auf den Staatsverbrauch bedockt auf 500

die es vorzuziehen, zu versenden...
wenn sie durch soziale Investitionen ungehen können
Die Wissenschaft, die unter dem gleichen Verdikt fiel, galt hier
nur als verwertbare Wissenschaft. Die Ausbildung an den Hochschulen
war nur insoweit zu finanzieren, als sie unumgänglich war.
Alle gesellschaftlichen Bereiche wurden autoritär strukturiert
und die Entscheidungen der Öffentlichkeit entzogen.
Die wirtschaftliche Rezession des Jahres 1967 hat in der Bundes-
republik die Entwicklung zum sozialen Rechts Staat beschleunigt.
Dieser Staat ist so weit rechts, wie sein Kabinett der braunen
Frachtextampelare. In der autoritären Gewinnwirtschaft sind die sozialen
Gegensätze wieder offener hervorgetreten und auch den Betroffenen
durchschaubarer geworden. Die herrschenden Unternehmeroligar-
chien müssen nunmehr damit rechnen, daß ihr egoistisches Gewinn-
prinzip der rationalen Diskussion nicht mehr entzogen werden kann.
Es wird immer mehr Menschen klar, daß unter dem Gewinnprinzip
Leistungsproduktion dem Bau von Schulen, Universitäten, Städten,
Kindergärten, Altersheimen und Krankenhäusern vorgezogen wird,
an deren Einrichtung noch weniger gedacht wird;
daß kurzfristige Gewinne langfristige gesellschaftliche Notwen-
digkeiten verdrängen;
daß Werbung der Verbraucheraufklärung im Wege steht;
daß mit permanenter Inflation verhindert wird, daß den Arbeitern
und Angestellten die wachsende Arbeitsproduktivität durch Preis-
senkungen zugute kommt;
daß anstelle öffentlicher Diskussion über die Verteilung der gesell-
schaftlichen Mittel auf Investition und Konsum nach Geheimhaltungs-

Die realisierten Gewinne liegen sogar auf 655, die auf 10 % während im zivilen Bereich noch teilweise auf 100 % Schwankungen hin gehen werden und, entgegen dem Ist-Stand bei kontinuierlichem Kauf, gehen in einzelnen Ausnahmefällen. Die Gewinne können noch nicht einmal für einen unterentwickelten Markt kontrolliert werden. Die zu mangelhaften Selbstkosten und der hinterlassenen ungenutzten Gewinn werden... Die Kluft zwischen den maximalen Gewinnbedürfnissen der Unternehmungen und der zivilen Einsichten der Staatsbürger... Die Kostensituation der bestellten Rüstungsgeräte. Daraus folgt ist die Rüstungsproduktion ein Element für unkontrollierbare Rüstungsgewinne geworden.

Die Bundeswehr ist also wichtigstes Merkmal der expandierenden Bonner Staatsbürokratie. Sie lebt auf Kosten der Gesellschaft und repräsentiert gleichzeitig die starren Formen der in der möglichen Hierarchie.

Sie, meine Herren Offiziersanwärter, sind in einer sehr schwierigen Situation: nach dem Amt werden sie mehr oder weniger zwangsweise vorübergehend zu Bestandteilen des autoritären Staats, der letztlich eine demokratische Gesellschaft verhindert. Nach Ihrer Ausbildung können Sie in einen anderen sozialen Bereich, den der Wissenschaftsbereich. Sie können gleichzeitig in einem Bereich, der eine strukturelle Krise durchläuft, für den der Staat die nötigen Gelder nur in geringem Umfang zur Verfügung stellt. Sie werden dann mit großer Wahrscheinlichkeit einen Entwicklungsprozess durchlaufen, der Ihr kritisches Bewusstsein und damit die Einsichtsfähigkeit in gesellschaftliche Zusammenhänge schafft. Sie werden nachher erkennen, welche unhaltbar autoritären Strukturen Sie vorher (zuerst vor der Gymnasial-, dann in der Bundeswehr) durchgemacht haben. Sie werden vielleicht so auf Ihre Militärszeit zurückblicken, wie viele von uns es jetzt tun.

Der SDS ist keine Organisation von Passifanten. Er ist sich nur darüber im Klaren, welche Funktionen die Rüstungs- und Militärmaschinerie des westlichen Kapitalismus hat.

Wir werben nicht für eine Kriegsdienstverweigerung, auch in der Bundeswehr sind Akte der Demokratisierung möglich, sind Umwandlungsprozesse möglich, die aus einer gesellschaftsfeindlichen Armee eine Hilfe der Gesellschaft machen.

Gerade in der Bundeswehr ist kritisches Bewusstsein gefragt. Vielleicht können Sie einen ersten Anfang machen, indem Sie erkennen, daß der Bundesgeneral Wolf seiner Funktion vom 1. Januar nicht mehr treubar ist.